Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg ℳ 4200. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr ℳ 4209 mit Postbestellgebühr.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg überdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 320.- ℳ außerhalb desselben 350.- ℳ einschließl. Inseratensteuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 200 Mk. Reklame-Zeile 800 ℳ.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 149. | Neuenbürg, Freitag, den 29. Juni 1923. | 81. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 28. Juni. Der Landesrat und der Reichsverband der deutschen Presse im Saarland verwarfen die neue Verordnung der Regierungskommission über die Knebelung der öffentlichen Meinung. — Die in den letzten Tagen in Breslau geführten Verhandlungen über die Beilegung des Landarbeiterstreiks in Niederschlesien haben gestern nachmittag zu einem einstimmig angenommenen Schiedsspruch geführt. Mit der Arbeitsaufnahme wird heute morgen begonnen. Maßregelungen der Streikenden sollen nicht erfolgen. Ueber die neuen Löhne finden am Samstag Verhandlungen statt.

Eine Regierungserklärung zu den Kirchenfragen.

Stuttgart, 27. Juni. Der Kirchenausschuß des Landtages setzte heute nach längerer Unterbrechung die Beratungen des Gesetzentwurfes über die Kirchen fort. Zu Beginn der Sitzung äußerte sich der Staatsminister des Kirchen- und Schulwesens Dr. Hieber zu den Pressekörterungen, die sich an die Unterbrechung der Ausschußverhandlungen geknüpft haben, und stellte gegenüber den besonders aus evangelisch-kirchlichen Kreisen lautgewordenen Klagen fest, daß der von der evangelischen Oberkirchenbehörde im Sommer 1920 beantragte gleichzeitige Erlaß von gesetzlichen Bestimmungen über die Entstaatlichung der evangelischen Kirche und über das Landeskirchenvermögen vom Kultministerium wie von der Staatsregierung so sehr beschleunigt worden sei, als es bei der starken Inanspruchnahme des Kultministeriums möglich gewesen sei. Am 15. Juli 1922 sei der Entwurf des Gesetzes über die Kirchen von dem Staatsministerium dem Landtag mitgeteilt worden. Das Gesetz vom 31. Mai 1922 über die Auslegung des § 63 Abs. 3 Satz 2 der Verfassung hätte den Abschluß des Entwurfes nicht aufgehalten, wenn sich nicht bei der Beratung dieses kleinen Gesetzes im Landtag aus Kreisen der evangelischen Kirche Widerstände ergeben hätten, denen nach seiner Ueberzeugung die genügende sachliche Berechtigung fehlte. Eine Verantwortung für den Gang der Ausschußberatungen des Landtages müsse das Kultministerium ablehnen. Daß die Beratungen des Kirchenausschusses erst im Frühjahr hätten aufgenommen werden können, habe seinen Grund in der Geschäftslage der Landtagsausschüsse gehabt. Die Unterbrechung der Beratungen an Ostern sei nicht vom Kultministerium veranlaßt worden. Es habe nicht die Unterbrechung der Beratungen bis zur Verabschiedung der Pfarraufbesserung, sondern nur die Zurückstellung bestimmter Einzelfragen vorgeschlagen, die durch den Gang der Beratungen notwendig geworden sei.

Die verbreitete Meinung, daß die Geistlichen seit 1. Oktober vor. Jahres mit einem großen Teil ihrer Bezüge im Rückstand seien, sei unrichtig. Die Pfarrer erhielten bei jeder Erhöhung der Beamtenbezüge gleichzeitig mit den Beamten entsprechende vorläufige Zahlungen. Die rückständigen Bezüge auch nach dem Geldwert der früheren Monate seien also verhältnismäßig unbedeutend. Im übrigen bedauere es das Kultministerium lebhaft, daß den Kirchen bisher die Einsetzung ihrer Geistlichen in die endgültigen Bezüge noch nicht habe ermöglicht werden können. Der tiefere Grund liegt darin, daß es sich bei den Pfarraufbesserungen für den Landtag nicht um die Regelung der Gehalte handele, wie bei den Beamten, sondern um die Bemessung der Staatsleistungen für die Gehalte. Der Aufwand müsse nach dem Pfarrbesoldungsgesetz zwischen dem Staat und den Kirchen verteilt und die Staatsleistung für beide Kirchen wie auch die Belastung beider Kirchen mit Landeskirchensteuern in ein billiges, paritätisches Verhältnis gesetzt werden. Der Minister schilderte dann den Gang und das Ergebnis der Verhandlungen im Finanzausschuß am 12. und 19. Februar dieses Jahres und stellte fest, daß danach keine Rede davon sein könne, daß das Kultministerium der Einsetzung der Geistlichen in die neuen Gehalte Widerstand entgegengesetzt habe. Nach dem Ergebnis der Abstimmung im Finanzausschuß seien darum bestimmte Vorschläge über die endgültige Bemessung der Staatsleistungen vorbereitet worden und das Kultministerium habe versucht, sich mit den Oberkirchenbehörden darüber zu verständigen, um auf dieser Grundlage schon vor der Einbringung des Nachtragplanes einen vorläufigen Beschluß des Finanzausschusses herbeiführen zu können. Auch dieser Weg habe infolge der Haltung der Oberkirchenbehörden nicht zum Ziele geführt und so sei dem Kultministerium nichts anderes übrig geblieben, als mit möglichster Beschleunigung den erforderlichen Nachtragsplan vorzubereiten, der nun dem Landtag im Laufe der kommenden Woche zugehen werde.

Politischer Prozeß.

Stuttgart, 28. Juni. Der Fall Keil-Bazille beschäftigte gestern die Erste Strafkammer des Landgerichts unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Gebhardt den ganzen Nachmittag bis in den späten Abend hinein. Es handelt sich um eine Beleidigungsklage gegen den Hauptschriftleiter der Schwäbischen Tagwacht Emil Haut, wobei der Abg. Bazille als Nebenkläger auftrat. Im Juli v. Js. hatte die Schwäb. Tagwacht die von dem Reichstagsabgeordneten und damaligen württ. Minister Keil im Reichstag gegen Bazille erhobenen Beschuldigungen aufgegriffen und u. a. behauptet, daß Bazille bei seiner Rückkehr aus Belgien eine große Beute von Lebensmitteln aus den Heeresbeständen mitgebracht und u. a. auch sein Gehalt doppelt bezogen und verrechnet habe. Die Anschuldigungen stellten sich im Laufe der Beweisaufnahme als ungerechtfertigt heraus. Staatsanwalt Hirrle beantragte 4 Monate Gefängnis. Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Dr. Schott, wandte sich besonders dagegen, daß politische Gegnerschaft mit persönlichen Beschimpfungen vergolten werde. Bazille erklärte, man habe ihn als Politiker und als Beamten unmöglich machen wollen. Rechtsanwalt v. Bagneto-Eßlingen beantragte Freisprechung oder milde Geldstrafe und stellte verschiedene Beweisanträge, die aber vom Gericht abgelehnt wurden. Das Urteil wird am 4. Juli nachmittags 4 Uhr verkündigt.

Allzu scharf macht schartig.

Der „Südd. Ztg." wird aus Aalen folgendes berichtet: Einen bemerkenswerten Vorgang erlebte die Bahnhofwirtschaft zweiter Klasse am letzten Sonntag. Eine Anzahl junger Leute hatte Eile zum Mittagszug, weshalb der Kellner bei diesen vor andern Gästen kassierte. Dies brachte einen unbekannten Fremden, der in der Wirtschaft war, derart in Harnisch, daß er sich den Kellner vornahm; der Kellner suchte sich zu entschuldigen, da kam er aber gerade an den Rechten. In denkbar barschstem und erregtestem Ton fuhr ihn der Fremde an: „. . . ich dulde keinen Widerspruch, ich habe nie im Leben Widerspruch geduldet . . ., wenn Sie wüßten, wen Sie vor sich haben, Sie würden zu Boden sinken . . ., wenn ich Ihnen sage, wer ich bin, so wirkt das, als würde eine Bombe im Bahnhof platzen . . ., ich kann Sie in Ihrer Existenz vernichten, merken Sie sich das, Euch Schwaben muß man nur ordentlich grob kommen . . ." Das Publikum entrüstete sich über solche „Manieren"; leider war kein Beherzter da, der das Inkognito dieses Herrn gegebenenfalls mit dem erforderlichen Nachdruck gelüftet hätte. Natürlich wollten der Wirt und der Kellner wissen, welch ungemütlicher Gast sie vor sich hatten. Nachfrage ergab, daß der große Unbekannte einen Freischein nach Königsbronn an der Sperre vorgezeigt habe, also ein Beamter sei. Der Fahrdienstleiter telephonierte sofort nach Königsbronn und ersuchte seinen dortigen Kollegen, unauffällig festzustellen, wer der Inhaber des Freischeins sei, der jetzt von Aalen nach Königsbronn komme. Dies geschah, und der Fremdling wurde vorgeführt und seine Personalien festgestellt. Wer war's? Etwa ein Leutnant des alten Regimes oder ein protziger Kriegsgewinnler oder ein großschnauziger Berliner, der den Schwaben grob kommen zu dürfen glaubte? — Nein; Es war der Herr Ministerialdirektor Hitzler im Reichseisenbahnministerium in Berlin, gebürtig aus dem Oberamt Heidenheim in Württemberg, weiland Redakteur beim Heilbronner Neckarecho und württembergischer „Unterstaatssekretär" a. D. — Die Geschichte ist aber noch nicht aus: Nun verlangt der Herr Ministerialdirektor vom Bahnhofswirt eine schriftliche Entschuldigung und der arme unschuldige Wirt (nicht der Herr Ministerialdirektor) muß sich schriftlich entschuldigen, da Hitzler die „rechte Hand Gröners sei". Wofür er sich entschuldigen soll, bringt der Wirt natürlich bei allem Besinnen nicht heraus.

Weitere Verhaftungen zur Mordaffäre in Parchim.

Wie die Blätter melden, ist auf Veranlassung des mecklenburgischen Ministerpräsidenten und Ministers des Innern Stellung in der Parchimer Mordaffäre die Verhaftung von drei weiteren Personen vorgenommen worden. Es handelt sich um den Oberleutnant a. D. Fricke, den Oberleutnant von Lewis, Bezirksleiter der Roßbachorganisation in Parchim, und um den Rittergutsbesitzer Schnüttgens in Neuhof bei Parchim. Die beiden ersteren sind der Begünstigung des Mordes verdächtig.

Ausland.

Paris, 27. Juni. Ministerpräsident Poincare empfing heute vormittag das Komitee Dupleix, das ihm der Abgeordnete Ferry vorstellte. In diesem Komitee hat, wie bereits gemeldet, gestern abend der rheinische Sonderbündler Dr. Dorten einen Vortrag über seine Bestrebungen gehalten, worauf das Komitee beschlossen hat, sich für die von Dr. Dorten betriebene Separationspolitik beim Ministerpräsidenten einzusetzen.

Brüssel, 28. Juni. Theunis wird auf Grund einer Kompromißformel über Hochschulfrage und Militärdienstzeit mit dem bisherigen Kabinett vor das Parlament treten.

Maßregelungen für deutsche Notsammlungen in der Tschechei.

Wie uns von sudetendeutscher Seite berichtet wird, sind Offiziere und Staatsangestellte in Westböhmen, welche sich in den letzten Monaten in irgendeiner Weise bei der Sammlung für die deutsche Kindernotbilfe betätigten, nunmehr von der Prager Regierung gemaßregelt worden. Bei einem Teil von ihnen hat man sich mit scharfen Verwarnungen begnügt, andere sind in rein tschechisches Gebiet strafversetzt worden, und zwar mit sofortiger Wirkung.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 28. Juni. (Folgen der schlechten Witterung für die Bienenzucht.) Aus den verschiedensten Gebieten treffen Nachrichten darüber ein, daß auch die Bienenzucht unter der feuchten, kalten Witterung der letzten Zeit in besonders hohem Maße zu leiden hat. Das ist umso mehr zu bedauern, als bei dem reichlichen Blütenansatz der Bäume in diesem Jahr eine sehr gute Honigernte zu erwarten gewesen wäre. Unter den nun gegebenen Verhältnissen wird ein Ertrag kaum zu erzielen sein. Der Imker wird, um seine Bienen bis zum nächsten Jahr durchzubringen, mit großen Kosten für die Fütterung zu rechnen haben.

Neuenbürg, 28. Juni. (Raupenplage.) Auch in diesem Jahre scheint sich eine Raupenplage bemerkbar zu machen. Besonders die Zwetschgenbäume, die sehr gute Fruchtansätze zeigen, haben darunter zu leiden; manche Bäume sind schon zum Teil kahl gefressen. Als einziges Mittel gegen die Raupen ist das Abflammen der Nester zu empfehlen. Wenn auch mit dem nunmehr beginnenden Verpuppen der Tiere das weitere Abfressen der Blätter aufhört, so ist doch der einmal angerichtete Schaden für den Baum noch längere Zeit von Nachteil.

Württemberg.

Horb, 28. Juni. (Ein guter Fang.) In das Gefängnis wurden zwei Personen eingeliefert, die in der Nacht wegen verschiedener Raubzüge festgenommen waren. Sie führten bei der Verhaftung auf einem Wagen Waren im Werte von etwa 6 Millionen bei sich, die ihnen abgenommen und dem rechtmäßigen Eigentümer zurückerstattet werden konnten.

Stuttgart, 28. Juni. (Alle Tage wieder!) Vom Freitag ab kostet je 1 Pfund Ochsen- und Rindfleisch 1. 14 600 (bisher 14 000), Rindfleisch 2. 13 600 (13 000), Kuhfleisch 1. 10 400—10 800 (10 200—10 600), 2. 7 400—8 000 (7 000—7 600), Kalbfleisch 13 000 (12 500), Schweinefleisch 15 600 (15 000), Hammelfleisch 12 800—13 000 (12 200 bis 12 400), Schaffleisch 11 000—11 200 (9 000—9 200) Mark.

Stuttgart, 28. Juni. (Wieder eine Bierpreiserhöhung.) Die Vereinigten Bierbrauereien haben sich veranlaßt gesehen, wiederum eine Bierpreiserhöhung vorzunehmen. Das einfache 8%ige Bier kostet auf Grund der neuen Hektoliterpreise in den einfachsten Wirtschaften 1200 Mk., das 10%ige Spezialbier 1500 Mk. pro Dreizentelliter. Bis auf weiteres ist also das einheimische Bier teurer als das bayrische.

Stuttgart, 28. Juni. (Riesige Mietzinssteigerung in Sicht.) In der Sitzung des Landeswohnungsbeirats haben die Hausbesitzer folgende Forderungen gestellt. Sie verlangten Zuschläge: für Zinsendienst (Hypothekensteigerung) 260 bis 300 (bisher 40) Proz.; für Verwaltungskosten 11 700 bis 12 000 (bisher 1800) Prozent; für laufende Instandsetzungskosten 72 000—80 000 (bisher 12 000) Proz.; für große Instandsetzungskosten 58 000—60 000 (bisher 9000) Proz.; für Untermiete 300 (bisher 50) Proz.; für gewerbliche Zuschläge je nach Klasse 58 000—72 000 (bisher 1000 bis 2000) Proz. Das ergäbe für Wohnungen ungefähr die 1604fache Grundmiete. (Alle Erhöhungen auf den verschiedensten Gebieten haben nur wieder Lohnerhöhungen zur Folge, dann kann die Verteuerungsschraube weiter gedreht werden. Schriftl.)

Stuttgart, 27. Juni. (Marksturz und Arbeitsmarkt.) Eine Statistik einer größeren Reihe Arbeiterverbände zeigt, daß der Beschäftigungsgrad Ende Mai im Vergleich zu Ende April infolge des Valutasturzes eine Verbesserung erfahren hat, insbesondere hat die Kurzarbeit abgenommen. So hat die Kurzarbeit in der Metallindustrie von 24% Ende April auf 18% Ende Mai abgenommen, in der Textilindustrie von 51 auf 38%, in der Holzindustrie von 23 auf 16%, in der Tabakindustrie von 36 auf 24%. In letzterer Industrie ist auch die Zahl der Erwerbslosen von 32% Ende April auf 21% Ende Mai zurückgegangen, im Baugewerbe von 10 auf 8%. In der Metallindustrie erstreckt sich die Besserung des Beschäftigungsgrades in der Hauptsache auf die Exportindustrie. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Verschlechterung der Valuta auf dem Arbeitsmarkt noch nicht voll ausgewirkt hat. Zusammenfassend kann aber gesagt werden, daß der Marksturz auch diesmal wieder günstig auf den Arbeitsmarkt gewirkt hat.

Heilbronn, 28. Juni. (Ein Freispruch.) Der Lokomotivführer Emil Eisenhardt, der wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports vor der Strafkammer stand, ist, nachdem die Verhandlung den ganzen Tag in Anspruch genommen hatte, freigesprochen worden, weil die Beweisaufnahme ergab, daß die Schuld an dem Unglück nicht ihn trifft, sondern auf eine Verkettung unglücklicher Umstände zurückzuführen ist. Der Staatsanwalt hatte selbst die Schuldfrage in das Ermessen des Gerichts gestellt.

Gmünd, 28. Juni. (Der Streik.) Die Lage in der Edelmetallindustrie hat noch keine Entspannung erfahren. Die Arbeiterschaft erklärte, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, als bis ihre Forderungen restlos anerkannt sind. Heute vormittag 9 Uhr haben sich die Gewerkschaftsführer mit den Arbeitgebern im Gmünder Hof an den Verhandlungstisch gesetzt. Das Ergebnis werden die Arbeiter in einer gegen Abend stattfindenden Versammlung entgegennehmen.

Geislingen a. St., 28. Juni. (Abmangel von 50 000 Mk. an einem Postschalter.) Am 25. auf 26. hatte ein Postbeamter am Schalter, vermutlich infolge eines Versehens beim Verkauf von Steuermarken, einen Abmangel von rund 50 000 Mark.

Aulendorf, 28. Juni. (Achtung Bauern!) Am Samstag schickte eine Bauerswitwe aus Fronhofen ihren erst vor einigen Tagen frisch eingestellten, fremden Dienstknecht mit dem Fuhrwerk nach Ravensburg, um ein Kalb zu verkaufen. Als der Knecht abends noch nicht zurückgekehrt war, wurde der Bäuerin angst und bange und sie erstattete Anzeige. Es stellte sich heraus, daß der Knecht das Fuhrwerk in Altshausen zurückgelassen und mit dem Erlös von dem Kalb, sowie mit einem der Bäuerin gestohlenen Ballen Hemdenstoff die Flucht ergriffen hatte. Noch während der Nacht wurde die Verfolgung aufgenommen. In einer hiesigen Wirtschaft wurde er aus dem Bett geholt. Dort wurde ihm über 1 Million nebst dem gestohlenen Hemdenstoff abgenommen. Er sitzt nun hinter Schloß und Riegel.

Wurzach, 28. Juni. (Brave Leute.) In einer Ge-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

meinde nahe des Wurzacher Rieds hat ein Bauer seinem ledigen Bruder einen Waldteil geschenkt, denn er konnte es nicht übers Herz bringen, zu sehen, wie sein Bruder jetzt ein armer Bettelmann ist, während er als Hofbesitzer heute hundertfacher Millionär geworden ist. Ein anderer Bauer hatte sich dieses schöne Vorbild alsbald zu Herzen genommen und verkaufte eine wertvolle Kuh, um den Erlös seiner Schwester zu schenken, die durch die Geldentwertung ebenfalls arm geworden ist. Hut ab vor solchen Geschwistern.

Künzelsau, 28. Juni. (Bitter aber wahr.) Seit Wochen tobt hier ein ärmlicher Streit um den Platz für ein Kriegerdenkmal. Der Kocher- und Jagstbote macht dem Gezerte ein Ende mit folgendem Vorschlag: Wie wir hören, soll die Platzfrage für das Kriegerdenkmal einer glänzenden allzeit befriedigenden Lösung entgegengehen. Von geschätzter Seite wird, um allen Wünschen gerecht zu werden, vorgeschlagen, ein fahrbares Kriegerdenkmal zu erbauen, das dann je nach Wunsch der Interessenten zeitweilig an den verschiedenen Plätzen unserer Stadt Aufstellung finden kann.

Baden.

Gernsbach, 28. Juni. Die Murgtalgemeinden sahen sich veranlaßt, den Ausbau des Murgwerkes zum Gegenstand einer Eingabe an den Landtag zu machen.

Albruck, 27. Juni. Der Maler Häberle stürzte mit seinem Rad eine Böschung 5 Meter tief hinab und war sofort tot.

Triberg, 27. Juni. Der 28 Jahre alte Ausläufer Ernst Meister von Merzhausen (Schweiz) war dem Bezirksamt vorgeführt worden. Das Bezirksamt hatte ihm eine Arreststrafe von 3 Tagen zudiktiert. Während der Protokollaufnahme zog Meister eine Waffe aus seiner Tasche und erschoß sich. Vermutlich hat der Selbstmörder noch etwas anderes auf dem Kerbholz und wollte sich durch den Tod weiterer Strafe entziehen.

Heidelberg, 27. Juni. Professor Lenard bleibt, wie amtlich mitgeteilt wird, in seinem Amte.

Vermischtes.

Eine Villa für 1½ Milliarden. Die Villa Felicitas in Berchtesgaden (Oberbayern), bisher Eigentum der Erben der Prinzessin Marie von Sachsen-Meiningen, wurde von dem Besitzer eines großen Berliner Hotels gekauft. Als Kaufpreis wird die bisher in Berchtesgaden sicherlich noch nie für eine Besitzung gezahlte Summe von 1 Milliarde 400 Millionen Mk. genannt.

„Staatsanwalt König." Der durch seine verwegenen Streiche von früher her unter dem Spitznamen „Staatsanwalt König" bekannte Berliner Verbrecher Robert Lange hatte vor etwa vierzehn Tagen seine langjährige Freiheitsstrafe abgekürzt, indem er kurzerhand aus dem Gefängnis entwich. Kaum war er wieder in Berlin angelangt, machte er die Bekanntschaft des Besitzers eines Volksgartens, und verlobte sich mit dessen Tochter. Um sich die Möbelausstattung zu verschaffen, verband er sich mit einem anderen Zuchthäusler, beide schwangen sich in der Uhlandstraße auf ein Möbelfuhrwerk und jagten mit der Beute davon. Im Galopp ging es nach Lichtenberg hinaus, und zwar in einem solchen Tempo, daß mehrere Möbelstücke aus dem Wagen fielen. Im Volksgarten wurde der Wagen sofort entladen, die Möbelstücke kaufte der Besitzer des Volksgartens, der Wagen selbst wurde zerlegt. Da die Gesellschaft für das Verlobungsfest auch einen Braten brauchte, wurde schnell entschlossen eines der Pferde abgeschlachtet. Während man schmauste, drang die Polizei ein und nahm die ganze Gesellschaft fest.

Ein Unglück in den Junker-Werken. Wie die Junker-Werke mitteilen, sind Werner Junker, der älteste Sohn von Professor Junker, welcher als Flugzeugmonteur der zurzeit in Südamerika befindlichen Expedition angehört, und Flugzeugführer Müller, einer der ältesten und bewährtesten Piloten der Junker-Werke, einem Unglück zum Opfer gefallen. Nähere Mitteilungen über den Unfall liegen bei der Firma, der nur eine kurze telegraphische Nachricht aus Südamerika zugegangen ist, noch nicht vor.

Ein italienisches Denkmal der Mütter. Der Mutter, als der wahren schmerzensreichen Heldin des Weltkrieges, soll in Italien ein Denkmal errichtet werden. In der Kirche von Santa Croce zu Florenz, wo Italiens berühmteste Männer ruhen, wird dieses Ehrenmal der Mutter seinen Platz finden. Der Gedanke, der jetzt in die Tat umgesetzt wird, ist von dem Fürsten von Gonzaga ausgegangen, der an ein Wort des englischen Dichters Kents anknüpft, demzufolge man nicht nur die großen Männer ehren solle, sondern vor allem auch diejenigen, die sie geboren und erzogen haben.

Zum Aetna-Ausbruch. Nach einer Meldung aus Rom ist auf den Feuerausbruch des Aetna ein Wolkenbruch gefolgt, wie man sich an einen ähnlichen seit Jahrzehnten nicht erinnert. Das Wasser fiel mit unheimlicher Gewalt auf den rauchenden Berg nieder und die Blitze und Donner erinnerten mit ihrem Höllenlärm an die ersten Stunden des Ausbruchs des Aetna. Ein starker Sturm verteilte Staub und Asche überall hin. Professor Barbagallo ist es gelungen, das Observatorium auf dem Aetna zu erreichen. Er fand es vollkommen zerstört vor. Das Gewölbe ist eingestürzt. Die Fußböden weisen gefährliche Sprünge auf. Die Außenmauer ist zusammengefallen. Die Instrumente sind fast restlos aus den Fassungen gerissen. Diese Zerstörung hat mit dem Ausbruch direkt nichts zu tun, sondern ist das Werk eines plötzlichen starken Erdbebens, dessen Zentrum in einem der ausbrechenden Krater zu suchen ist. Barbagallo hat auch festgestellt, daß der 1818 erloschene Krater wieder in höchster Tätigkeit ist. Der Gelehrte stellte außerdem auf dem Grund des Kraters noch 15 neue Oeffnungen fest, die Lava ausspeien.

Das Wettkrähen der Hähne, eine alte belgische Volksbelustigung, wird in neuester Zeit mit besonderem Eifer betrieben. Die Belgier haben einen besonderen Hahn gezüchtet, der sich durch die Stärke und den Klang seiner Stimme auszeichnet. Die Wettkämpfe dienen dazu, diejenigen Tiere auszulesen, die die höchste Stimmvollendung entfalten. Die Käfige, in denen diese Hähne gehalten werden, sind in langen Reihen nebeneinander aufgestellt, denn die enge Nachbarschaft stachelt den Ehrgeiz der Kräher an, so daß sie sich gegenseitig in schrillen Tönen zu überbieten suchen. Von den Leitern des Wettkrähens wird für jeden Käfig ein „Markeur" bestimmt, der die Aufgabe hat, die Zahl der Rufe des betreffenden Vogels sowie ihre Stärke aufzuzeichnen. Die gewöhnliche Dauer des Wettbewerbes beträgt eine Stunde. Gewinner ist derjenige Hahn, der in der bestimmten Zeit am meisten kräht, und wenn einige die gleiche Zahl aufweisen, so gibt die „Schönheit" der Stimme den Ausschlag. Das Wettkrähen ist besonders in der Gegend um Lüttich sehr beliebt, und die Lütticher Hähne genießen einen hohen Ruf.

Eine Medizinschule auf dem Oelberg. Im Zusammenhang mit der jüdischen Universität, die in Jerusalem eingerichtet worden ist, haben New-Yorker Aerzte eine Medizinschule auf dem Oelberg gegründet. Wie in der „Umschau" mitgeteilt wird, ist zunächst ein Institut für Tropenkrankheiten in einem gemieteten Gebäude geschaffen worden. Eine Anzahl Bauten für verschiedene Institute wird errichtet.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 28. Juni. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 79 Ochsen, 43 Bullen, 240 Jungbullen, 228 Jungrinder, 208 Kühe, 388 Kälber, 945 Schweine, 31 Schafe, 3 Ziegen. Alles wurde verkauft. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 9200 bis 9500 (letzter Markt: 8800—9200), 2. 7600—8700 (7500 bis 8500), Bullen 1. 8800—9100 (8500—8700), 2. 7600 bis 8400 (7600—8300), Jungrinder 1. 9300—9600 (8900 bis 9200), 2. 8600—9000 (8100—8700), 3. 7500—8300 (7200—7900), Kühe 1. 7600—8400 (7500—8200), 2. 6000—7200 (5600—7000), 3. 4200—5500 (4000—5200), Kälber 1. 9200—9400 (8800—9000), 2. 8800—9000 (8400—8700), 3. 8400—8700 (7900—8200), Schweine 1. 11 000—12 500 (11 000—11 500), 2. 10 200—10 800 (10 000 bis 10 500), 3. 9200—10 000 (8500—9500) Mark. Verlauf des Marktes: lebhaft.

Mehlpreis. Zurzeit stellt sich der Doppelzentner Mehl auf eine Million Mark.

Neueste Nachrichten.

Mannheim, 28. Juni. Der Güterverkehr auf der elektrischen Rhein-Hardt-Bahn ist von den Franzosen verboten worden. — Das Hauptzollamt Parkring, das neben dem Hauptzollamt Mannheimer Hafen liegt, ist nunmehr von den Franzosen ebenfalls besetzt worden.

Duisburg, 28. Juni. Gestern wurden weitere 200 Eisenbahner, die den Ausweisungsbefehl erhalten hatten, von hier abtransportiert. Für die Vertriebenen, unter denen sich Kinder jeden Alters befanden, war in der Turnhalle der Stadt eine Abschiedsfeier veranstaltet worden. Im Anschluß daran wurden die Scheidenden von einer ungeheuren Menschenmenge zum Bahnhof begleitet.

Essen, 28. Juni. Durch eine Verordnung erklärt General Degoutte die Verordnungen der deutschen Regierung vom 8. Mai und 22. Juni über den Handel mit Devisen für das besetzte Ruhrgebiet für aufgehoben und den Devisenhandel für frei, mit der Begründung, daß die Verproviantierung der französischen Truppen durch die Verordnungen gefährdet sei. Wegen des Devisenhandels darf niemand bestraft werden. Zuwiderhandlung gegen die Verordnung wird mit schweren Strafen bis zu 5 Jahren Gefängnis und 2 Milliarden Mark Geldstrafe oder einer dieser Strafen belegt.

Dortmund, 28. Juni. In Dortmund wurde eine Klosterschule für die Besatzungstruppen angefordert. — Die Bahnhöfe von Dortmund und Dorstfeld sind infolge der Besetzung stillgelegt, sodaß die Abbeförderung der Zechenerzeugnisse nicht mehr möglich ist. Da eine Lagerung der Produkte nicht in Frage kommen kann, ist die Koksbereitung der Gesellschaft Dorstfeld zum Teil stillgelegt. Die Gasbelieferung ist ganz eingestellt. Infolgedessen kann der Stadtteil Dorstfeld-Dortmund nicht mehr mit Gas versorgt werden. Auch die öffentliche Straßenbeleuchtung ist außer Betrieb.

Dresden, 28. Juni. Der sächsische Landtag hat heute den von der Deutschen Volkspartei gegen den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner wegen seiner Niederplanitzer Rede eingebrachten Mißtrauensantrag mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 43 Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt.

Leipzig, 28. Juni. In Miltitz erkrankten 80 Personen mehr oder weniger ernst an Fleischvergiftung. Die Erkrankten hatten Rindfleisch gegessen, das sie bei dem Dorffleischer gekauft hatten. Die noch unverkaufte Hälfte des Rindes wurde auf Antrag des Staatsanwalts beschlagnahmt und dem Leipziger hygienischen Institut zur Untersuchung übergeben.

Berlin, 28. Juni. Der kalifornische Senator Hiram Warren Johnson, eine der bekanntesten politischen Persönlichkeiten Amerikas und der schärfste Führer der Opposition gegen die Wilsonsche Friedenspolitik, ist heute in Berlin eingetroffen.

Berlin, 28. Juni. Die auf den 9. Juli vor den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik anberaumte Prozeßverhandlung gegen den Korvettenkapitän a. D. Ehrhardt wird wegen sehr umfangreichen Vorbereitungen möglicherweise um 14 Tagen verschoben werden. Die Anklage lautet auf Hochverrat, die in Ehrhardts Teilnahme am Kapp-Putsch im März 1920 gefunden wird. Neben Ehrhardt wird der Gerichtshof gegen den Professor Dr. Karl Schüßler aus Schaffbad in Bayern, sowie die Prinzessin Margarete von Hohenlohe-Oehringen und den Leutnant zur See Franz Liebig, beide in München wohnhaft, verhandeln. In der Verhandlung sind über 16 Zeugen geladen.

Berlin, 29. Juni. Die „Vossische Zeitung" bringt unter der Ueberschrift „Werdener Urteile" folgende Meldung: Gestern wurde vor dem französischen Kriegsgericht in Werden die Anklage gegen den französischen Soldaten verhandelt, der seinen Kameraden Schmitt seinerzeit im Gebäude des Essener Hauptbahnhofs erschossen hat. Wegen dieser Tat hatten die Franzosen der Stadt Essen eine hohe Geldbuße auferlegt, weil zunächst behauptet worden war, der Täter sei ein

Nach Waterloo

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus

von Fritz Ritzel. [43

Von weit und breit kamen Leute her; auch Herzog Wilhelm sandte einen Boten und ließ Heinrich Schilling nach seinem Schlosse in Wiesbaden entbieten, wo der Heimgekehrte auf das Leutseligste von dem hohen Herrn empfangen und nachträglich mit der Tapferkeitsmedaille für die in der Schlacht bei Waterloo bewiesene Bravour ausgezeichnet wurde. Der liebenswürdige Fürst erkundigte sich bei dieser Gelegenheit auch eingehend nach dem jetzigen Verhältnis Heinrich Schillings zu seinem Weibe Anne Margret und vernahm gerührt und staunend über solche Seelengröße, daß Heinrich auf alle seine Rechte verzichten wolle, um das Glück und den Frieden der Wernerschen Eheleute nicht zu stören. Lebhaft bedauerte der Herzog, daß ein Mann von derartiger Gesinnung die Absicht hege, nach vollzogener Scheidung und Regelung der Erbschaftsangelegenheiten wieder das Land zu verlassen und bot dem seltenen Mann, um ihn zum Bleiben zu bewegen, eine gute bezahlte Stellung im Staatsdienste an. Heinrich lehnte in seiner schlichten Weise unter der Begründung ab, daß nur ein ganz neues Leben in weiter Ferne die Wunden, welche das Schicksal seinem Herzen geschlagen habe, nach und nach heilen könne. Mit innigem Verständnis drückte ihm der Herzog die Hand und entließ den Wackeren mit der Versicherung, daß er ihm stets in Gnaden gewogen bleibe und den innigsten Anteil an seinen ferneren Schicksalen nehme.

Und alles ging seinen Gang, wie Heinrich Schilling es mit Anne Margret, Konrad und den Seinigen vereinbart hatte. Der Rodenberger Hof verblieb Frau Katharina Schilling und ihrem Sohn Hansjörg, während Heinrich das Erbteil seines Stiefbruders erhielt. Den größten Teil desselben ließ er auf dem Rodenberger Hofe zugunsten Anne Margrets und seines Kindes stehen, durch welche Verfügung seine Stiefmutter in keinerlei Verlegenheit geriet, denn größere Kapitalien, um Heinrich ganz auszuzahlen, wären in dem immer noch unter der Einwirkung der langen Kriegsjahre leidenden Lande nur mit der größten Mühe aufzutreiben gewesen. Auf einen durch die Bitte Heinrichs bewirkten Erlaß des regierenden Herzogs hin hatte die Kirchenbehörde die Vollziehung der Scheidung Heinrichs und Anne Margrets beschleunigt, so daß das betreffende Urteil schon vor einer Woche gesprochen worden war. Auch war es den vereinten Bestrebungen Heinrichs und Hansjörgs gelungen, die Mutter zur Einwilligung mit der Heirat Hansjörgs und der schönen Müllerstochter zu bewegen.

Frau Schilling war durch die vielen überstandenen Seelenkämpfe mürbe geworden; sie hatte einsehen gelernt, daß das wahre Glück des Herzens nicht allein vom irdischen Besitz abhängt. Wohl hatte sie sich in wiedererwachtem Stolze nochmals gegen die Verbindung gewehrt, doch war ihr Widerstand auf die eindringlichen Vorstellungen Heinrichs hin, der seinen geliebten Bruder Hansjörg unter allen Umständen glücklich wissen wollte, immer matter und matter geworden und schließlich ganz erlahmt, als beide Söhne sie auf die gefährliche Mitwisserschaft des Grundmüllers an den früheren Vorgängen hingewiesen. Auch ließ sich gegen das Mädchen selbst ja weiter nichts einwenden, als daß es nicht so begütert war, wie dies Frau Schilling bei ihrer künftigen Schwiegertochter gewünscht hätte. Pauline war von musterhaftem Fleiß im Haushalt, genoß den tadellosesten Ruf und stach in betreff ihrer äußeren Erscheinung die reichsten Bauerntöchter in der ganzen Runde aus. Das muntere Ding würde übrigens mit seinem immer gleichen Frohmut einen ganz anderen, frischeren Geist in die weiten Räume des Rodenberger Hofes bringen, wenn es daselbst als Hausfrau schaltete. Mochten die mit heiratsfähigen Töchtern gesegneten Großbauern der Umgegend — samt dem Vetter Weiringer — die Nasen darüber rümpfen, daß Hansjörg keine bessere Partie machte — für sie, die Mutter, war es die Hauptsache, daß ihr heißgeliebter Sohn wahrhaft glücklich wurde. —

Dies hatte Frau Schilling alles erwogen und war am letzten Sonntag, ohne etwas von ihrer Absicht zu sagen, im höchsten Staat, mit einem ungeheuren Regenschirm bewaffnet, in der Richtung nach dem Galgenkopf davongegangen, nachdem sie ihre Söhne gebeten hatte, ihre Rückkehr in einigen Stunden zu erwarten. Mit der alten Entschiedenheit war sie auf der Grundmühle in die Wohnstube eingetreten, hatte, ohne das Vergangene mit einem Wort zu erwähnen, dem Müller und seiner Tochter derb die Hand geschüttelt und beide ersucht, sich fertig zu machen, um mit ihr nach dem Rodenberger Hof zu gehen. Ehe sich Vater und Tochter von ihrer Ueberraschung erholt hatten, waren sie von der resoluten Frau schon über die Schwelle geschoben worden. Auf alles Fragen der wißbegierigen Pauline, was denn um Himmelswillen los sei, erfolgte seitens der Bäuerin nur die Antwort: „Des werst du schon sehe', komm' nur mit!"

Der wortkarge Müllerandres hatte nur glückselig gelächelt und mit dem Kopfe genickt, während er die Haustüre bedächtig schloß und mit langsamen Schritten den voraneilenden Frauen folgte. Er wußte, nun würde alles gut und sein liebes Kind glücklich werden. Denn daß die stolze Herrin des Rodenberger Hofes selbst auf die Grundmühle kam und ihn und die Tochter abholte, das war ihm der sichere Beweis dafür, daß Hansjörgs Liebe den Sieg über den Widerstand der Mutter davongetragen hatte. Auf dem Rodenberger Hof hatte es dann eine stürmische Verlobungsszene gegeben, bei welcher Hansjörg in alter Lustigkeit abwechselnd die Braut, die Mutter, den Bruder und den Grundmüller umarmte. Bis in die späte Nacht hatten die Gläser aneinander geklungen und selbst über Heinrichs ernstes Gesicht war bei dem Anblick der Glückseligkeit des jungen Brautpaares ein zufriedenes Lächeln geflogen.

Die Leute im Dorfe hatten nach der unerwarteten Heimkehr Heinrichs und nach dessen fast ebenso unerwarteter Versöhnung mit der Stiefmutter allerdings viel zu munkeln und zu vermuten. Man erinnerte sich daran, daß die öffentliche Meinung Frau Schilling beschuldigt hatte, den Stiefsohn um sein Erbe gebracht zu haben und daß Heinrich selbst vergeblich Schritte unternommen hatte, um die Stiefmutter zur Anerkennung seiner Rechte zu zwingen.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Deutscher gewesen. Der französische Soldat wurde wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. — Gestern stand vor dem französischen Kriegsgericht der Direktor der Essener Steinkohlenbergwerks-A.G., Breucker, wegen Beihilfe zur Abgabe von Kohlen ohne Passierschein. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. — Weiter wurde Professor Dr. Herbst, Direktor der Bergschule in Essen, der beschuldigt war, die Verbreitung nationalistischer Flugblätter in der Schule gefördert zu haben, zu fünf Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Berlin, 28. Juni. Von den auf Grund der gestrigen Vernehmung in der Mordsache Parchim in Berlin verhafteten Ludwig Richter und Rudolf Bernhardt ist letzterer aus der Haft entlassen worden. Gegen Richter wurde der Haftbefehl aufrechterhalten. — Für die Zeit vom 4. bis einschl. 10. Juli beträgt das Goldzollaufgeld 2 588 900 Prozent. — Der Dollarkurs betrug am Donnerstag in Frankfurt und Berlin 149 625 G., 150 375 B.

Hamburg, 29. Juni. Der bei Blohm & Voß erbaute 12 000 Tonnen große Turbinendampfer „Albert Ballin" wurde gestern in den Dienst gestellt. Er wird am 5. Juli seine erste Reise nach Newyork antreten.

Rom, 28. Juni. In vatikanischen Kreisen wird erklärt, sowohl der Friedensschritt des Papstes, als auch seine reiche Geldgabe für das Ruhrgebiet seien auf den Einfluß Msgr. Lesks zurückzuführen, dessen Bericht über die Lage an der Ruhr den Papst tief erschütterte. In den Kreisen der Kurie werde tatsächlich der gegenwärtige Zustand als mit Gerechtigkeit völlig unerträglich bezeichnet. Die Aktion des Papstes scheine übrigens sowohl im Einverständnis mit England, als auch mit Italien erfolgt zu sein.

Rom, 29. Juni. In Neapel wurde gestern nachmittag gegen 1 Uhr der Präsident der italienischen Kammer, Pietravalle, von einem Unbekannten überfallen und durch einen Dolchstich in den Magen lebensgefährlich verletzt. Es scheint sich um die Tat eines Arbeitslosen zu handeln, der vor einigen Tagen bei Pietravalle um eine Stellung nachgesucht hatte. Der Zustand des Präsidenten ist hoffnungslos. Pietravalle gehörte der demokratischen Fraktion der Kammer an.

Paris, 26. Juni. Die radikalsozialistische Kammerfraktion hat eine Interpellation über den Brief des Papstes in der Reparationsfrage eingereicht. Sie verlangt Auskunft über die Haltung des französischen Botschafters beim Vatikan und der französischen Regierung angesichts dieses ernsten diplomatischen Ereignisses.

Brüssel, 28. Juni. Theunis hat dem König mitgeteilt, daß er das neue Kabinett bilden werde.

Die Franzosen verbieten den Pfälzern den Besuch des deutschen Turnfestes.

Dem „Mannheimer Generalanzeiger" zufolge teilte der französische Bezirksdelegierte dem Vorsitzenden des Kreises Pfalz der deutschen Turnerschaft, Blattmann, und dem Reichstagsabgeordneten Hofmann-Ludwigshafen mit, daß den pfälzischen Turnern die Teilnahme am deutschen Turnfest in München untersagt werde, da es sich um eine Manifestation handele, und daß über die Teilnehmer Sanktionen verhängt würden. Die Veröffentlichung dieses Erlasses werde demnächst erfolgen.

Die Leiden der Eisenbahner im besetzten und vergewaltigten Gebiet.

Die gewaltigen Leiden der Eisenbahner in dem besetzten und vergewaltigten Gebiet werden gekennzeichnet durch folgende Zahlen der bis zum 16. Juni verhängten Strafen: 223 Jahre, 5 Monate, 10 Tage Freiheitsstrafen, 148 558 200 Mark und 250 Franes Geldstrafen. Die Zahl der Verurteilten betrug 124, von denen 70 auf das altbesetzte und 54 auf das neubesetzte Gebiet entfielen. Von den Freiheitsstrafen entfielen: 173 Jahre, 9 Monate, 7 Tage Gefängnis und 30 Jahre Zwangsarbeit auf das altbesetzte Gebiet; 49 Jahre, 11 Monate, 3 Tage Gefängnis auf das neubesetzte Gebiet. Im gleichen Zeitraum sind ausgewiesen worden: 6879 Beamte, Angestellte und Arbeiter, davon 4392 aus dem altbesetzten, 2487 aus dem neubesetzten Gebiet. Unter Einrechnung der Familienangehörigen beträgt die Zahl der Ausgewiesenen 15 905, davon 10 691 aus dem altbesetzten Gebiet, 5214 aus dem neubesetzten Gebiet. Insgesamt sind in der Zeit bis zum 16. Juni aus den Wohnungs vertrieben worden: 22 566 Personen, davon 16 281 aus dem altbesetzten, 6285 aus dem neubesetzten Gebiet.

Bisher 190 Milliarden von den Franzosen geraubt.

Berlin, 28. Juni. Die Beraubung der Reichsbank durch die französischen Truppen im besetzten Gebiet dauert fort. Am 18. Juni drangen Franzosen in die Reichsbankstelle Mühlheim a. d. Ruhr ein und entwendeten aus dem Tresor, dessen Oeffnung sie unter Todesdrohung erzwangen, 7 Milliarden. Am gleichen Tag raubten sie aus der Reichsbanknebenstelle Oberhausen 3844 Millionen Mark. Die Gesamtsumme der der Reichsbank entwendeten Beträge steigt hiermit auf rund 190 Milliarden. — Auch die Fälschung deutschen Papiergeldes durch die Franzosen dauert ununterbrochen an. Am 23. Juni drangen die Franzosen auch in die Räume der Reichsbanknebenstelle Mühlheim ein, in welcher die von einer Privatdruckerei an der noch nicht fertiggedruckten Bogen nummeriert und geschnitten werden. Sie zwangen die dort beschäftigten Arbeiter zur Nummerierung und Schneidung und nahmen die in solcher Weise gefälschten Notenformulare mit sich, offenbar zu dem Zweck, sie in Umlauf zu setzen.

Schweres Eisenbahnunglück auf einer militarisierten Strecke.

Berlin, 28. Juni. Nach einer Meldung aus Gelsenkirchen ereignete sich gestern auf der militarisierten Strecke Wanne—Gelsenkirchen ein größeres Eisenbahnunglück. Ein französischer Kohlentransportzug, in dem auch viele mit Benzol beladene Wagen sich befanden, entgleiste anscheinend infolge falscher Weichenstellung. Die Lokomotive, der Tender, der Gepäckwagen und eine große Zahl der übrigen Wagen wurden vollständig zertrümmert. Die Tatsache, daß unmittelbar nachher eine Anzahl französischer Krankenautos an der Unglücksstelle erschien, läßt vermuten, daß es auch Tote und Verwundete gegeben hat. — Die Häufung der Unfälle auf den militarisierten Strecken wird von den Franzosen neuerdings regelmäßig auf „deutsche Saboteure" zurückgeführt. Demgegenüber sei auf einen Bericht des Pariser „Quotidien" verwiesen, wonach die „Union Civique" Kurse eingerichtet hat, in denen Freiwillige binnen acht Tagen zu Weichenstellern und binnen vierzehn Tagen zu Lokomotivführern für das Ruhrgebiet „ausgebildet" werden. Das ist die wahre Ursache der häufigen Eisenbahnkatastrophen im besetzten Gebiet!

Reichskanzler und rheinische Parteien geschlossen gegen alle Loslösungsbestrebungen.

Barmen, 28. Juni. Die heutige Schlußsitzung des rheinischen Provinziallandtags, die des Rheinlands Not, Kampf und Zukunft gewidmet war, erhielt durch die Anwesenheit des Reichskanzlers Dr. Cuno, der vom Reichswirtschaftsminister Dr. Becker begleitet war, eine besondere politische Bedeutung. Auf die Begrüßungsansprache des Präsidenten Dr. Jarres erwiderte der Reichskanzler, daß vor allem innerstes Herzensbedürfnis ihn hierhergetrieben habe, um Auge in Auge mit den Vertretern der Rheinlande über die Not zu reden, die auf dem Rheinland wie auf der Reichsregierung laste. Darauf gab Justizrat Dr. Mening-Köln im Namen des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft und der Vereinigten Sozialdemokratie eine Erklärung ab, in der auf die Schandtaten und den immer grausamer werdenden Druck der Besatzungsmächte, die mitten im Frieden ein friedliebendes und wehrloses Volk von uralter Kultur überfallen hätten, hingewiesen und dann betont wird, daß dem verstärkten Druck der Feinde die Einigkeit, der Gewalt das Recht und der Vernichtungsabsicht der Wille zur Freiheit entgegengesetzt werde. Der passive Widerstand sei aus dem Volk geboren und lebe in den Massen. Die Rheinländer würden diese Waffe nicht niederlegen, bevor Recht und Freiheit den deutschen Rheinlanden gesichert seien. Darin wüßten sie sich mit ihren Volksgenossen in Westfalen einig. Wenn auch in der inneren Politik auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet die Auffassungen auseinandergingen, in dem einen seien sie sich alle einig, daß es eine rheinische Frage für das rheinische Volk nicht gebe. Ueber die Form der Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reich lasse man nicht von fremden Völkern entscheiden, denn die offen zutage tretenden Bestrebungen Frankreichs bewiesen, daß jede Lockerung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Preußen eine Lösung der Bande bedeute, die das Rheinland mit der deutschen Republik verbinde. Darauf ergriff Reichskanzler Dr. Cuno das Wort und betonte zunächst, daß diese Kundgebung aller Parteien des Hauses einen überwältigenden Eindruck auf ihn gemacht habe. Mit dieser Einigkeit in der Abwehr jeder Gewalt wisse sich die Reichsregierung eins und er wiederhole, was er schon öfter öffentlich und feierlich erklärt habe, daß die Rheinlande und ihre Zugehörigkeit zum Reich und zu Preußen unangetastet bleiben müßten und daß keine irgendwie verschleierte Form der Annexion, möge sie internationale Gendarmerie oder neutrale Oberaufsicht heißen, für Deutschland diskutabel sei. Es gebe keine Rheinlandfrage und deshalb gebe es auch kein Kompromiß. So fest die Reichsregierung in dieser Beziehung sei, so wenig werde sie auf der anderen Seite irgend etwas unterlassen, was mit dem Bestand, der Einheit und der Souveränität des Reiches vereinbar sei und mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Einklang stehe, um Ruhr und Rhein freizumachen. Der Kanzler drückte dann die Hoffnung aus, daß die einzige Waffe, die wir in der Hand haben, der passive Widerstand, uns auch bei einer besonnenen und festen Haltung zu einer Lösung der außenpolitischen Wirren bringen werde. Aber Einigkeit sei notwendig und noch ein Weiteres: So wenig es zu Unbesonnenheiten kommen dürfe, ebensowenig sei ein Anlaß zu Kleinmut und Schwäche vorhanden, denn es würde schwerer sein, das zu ertragen, was eintreten würde, wenn die Waffe des passiven Widerstandes aus der Hand gegeben würde. Der Kanzler kam dann auf die letzten deutschen Noten zu sprechen und stellte fest, daß wenigstens ein kleiner Schritt vorwärts getan worden sei, indem der Welt die Augen doch etwas geöffnet worden seien. Es seien jetzt Bemühungen im Gange, die großen Fragen vor aller Welt zu klären, was Frankreich wolle, ob es wirtschaftliche Verhandlungen, ob es Reparationen oder Annexionen wolle. Er könne nicht sagen, wie lange der jetzige Zustand noch dauern werde, aber das könne er sagen, daß, wenn der passive Widerstand vorzeitig aufgegeben würde, es um Deutschland, das deutsche Volk, das Rheinland und den wirtschaftlichen Zusammenhang des Rheinlandes mit dem Reiche und Preußen geschehen sei. Alle Opfer an Gut und Blut, Freiheit und Eigentum wären vergeblich gebracht. Hierauf kam der Kanzler auf den Friedensschritt des Papstes zu sprechen. Er hoffe, daß auf der anderen Seite die Worte dieser so neutralen und so hohen Stelle ein williges Ohr fänden. Wenn sich Frankreich von seinen Plänen lossage und eine den Tatsachen Rechnung tragende Lösung des Reparationsproblems suche, so werde die Verständigung an Deutschland nicht scheitern. Der Reichskanzler dankte dem Papst für seinen Schritt und erklärte, daß ihn jedermann in Deutschland zustimmend begrüßen werde. Nachdem er nochmals vor Unbesonnenheiten, aber auch vor Zaghaftigkeit gewarnt hatte, betonte er mit Nachdruck, daß sich die Reichsregierung in außenpolitischer Hinsicht nicht passiv und untätig verhalte, was dereinst die Akten erweisen würden. Wolle die Regierung aber zum Besten des Volkes etwas erreichen, so müßten alle Kreise hinter ihr stehen. Bezüglich des Währungsverfalls hob der Kanzler hervor, daß die Ausführung der wirtschaftlichen Maßnahmen nicht von der Polizei und den Gerichten allein gesichert werden könne. In dieser Lebensfrage unseres Volkes müsse der Sinn für die Allgemeinheit dem Egoismus vorangestellt werden. Von seiner Seite aus werde alles geschehen, was dem deutschen Volk, der deutschen Einheit, der deutschen Freiheit und Unabhängigkeit nützlich sein könne. Dies sei das auf eine kurze Formel gebrachte Programm der jetzigen Regierung. Mit den Worten: Ich hoffe, daß Sie alle und auch spätere Zeiten sagen können, daß der Deutsche sich in allen seinen Schichten und zusammen mit seiner Regierung des deutschen Namens und der deutschen Ehre würdig erwiesen hat, schloß der Kanzler seine mit Beifall und Händeklatschen aufgenommene Rede.

Barmen, 29. Juni. Vor der in der gestrigen Schlußsitzung des rheinischen Provinziallandtages abgegebenen gemeinsamen Erklärung des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie verlas ein Mitglied der kommunistischen Fraktion eine Erklärung, in der er dem Entschluß auch seiner Partei zur Abwehr der Pläne des französischen Imperialismus Ausdruck gab. Nach der wirkungsvollen Rede des Reichskanzlers bekräftigte noch einmal der Vorsitzende des Provinziallandtags, Dr. Jarres, den einmütigen Abwehrwillen des rheinischen Volkes.

Die Verordnung des Generals Degoutte über den Handel mit Devisen

ist ein neuer Willkürakt der Besatzungsorgane und dazu bestimmt, die Maßnahmen der Reichsregierung zur Stützung des Markkurses zum Scheitern zu bringen. Die Verordnung ist vornehmlich ein französisches Kampfmittel und muß als solches gewertet werden. Die Franzosen erhoffen durch die Störung der deutschen Markstützungsaktion Schwierigkeiten im Einbruchsgebiet und Förderung ihrer politischen Ziele. Die Begründung General Degoutes, daß durch die deutschen Verordnungen über den Devisenhandel die Verproviantierung der Besatzungstruppen gefährdet werden könne, ist zu lächerlich, um einer ernsthaften Entgegnung zu bedürfen. Es muß aber festgestellt werden, daß von denjenigen, die sonst stets der deutschen Regierung den Vorwurf der Markentwertung machten, heute versucht wird, die Maßnahmen gegen die Markentwertung zu sabotieren. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß auch trotz dieser Verordnung für die Bewohner des Einbruchsgebiets nur die deutschen Gesetze Gültigkeit haben.

Enorme Erhöhung der Papierpreise.

Die Druckpapier-Fabrikanten forderten in den Verhandlungen mit den Zeitungsverlegern für einen Waggon Druckpapier 74 Millionen Mark, das sind fast 50 Millionen mehr, als das Papier noch vor 14 Tagen kostete. Außerdem wollen die Fabrikanten sich nicht wie bisher an eine Festhaltung des neuen Preises binden. Die Verhandlungen wurden vorläufig abgebrochen; sie werden in den nächsten Tagen wieder aufgenommen. (Eine derartige, die schlimmsten Befürchtungen übertreffende Erhöhung muß letzten Endes das Zeitungsgewerbe, vornehmlich die kleinen und mittleren Betriebe, zum Erliegen bringen, wenn ihnen nicht aus dem Leserkreise das entsprechende Verständnis für ihre Notlage entgegengebracht wird. Schriftl.)

Die Wiederaufnahme der Militärkontrolle mißglückt.

Nach einer Meldung aus Königsberg versuchten gestern die Mitglieder der in Königsberg stationierten interalliierten Kommission, die sich in der Hauptsache aus Franzosen zusammensetzt, auf Weisung von General Nollet wieder ihre Kontrolltätigkeit bei den militärischen Königsberger Dienststellen auszuüben, die während der Ruhrbesetzung geruht hat. Der Versuch endigte mit negativem Erfolg.

Ein französisches Kulturdokument.

Wie es in der Seele eines französischen Besatzungssoldaten aussieht, darüber gibt ein Brief Aufklärung, dessen Original sich in deutschen Händen befindet. Dieses Kulturdokument aus Recklinghausen ist vom 4. Mai datiert. Sein Verfasser ist ein französischer Soldat namens Tisserant, der seinem Bruder schreibt, es gehe ihm glänzend, „wir leben wie die Fürsten". Weiter heißt es: „Ich versichere Dich, die Boches sind wütend, daß wir hier eingedrungen sind. Jawohl, man muß dieses Land ruinieren und abwürgen, wenn wir in Zukunft in Sicherheit leben wollen. Man muß mitleidlos gegen die Boches losgehen, die sich vor uns auf die Knie werfen. Es sind Leute ohne eine Ahnung von Menschlichkeit. Man muß sie niederschlagen wie die Hunde, dieses Pack. Ich brülle sie an und versetze ihnen Fußtritte, ich gebe ihnen Hiebe mit der Peitsche, und ich tue es nicht allein". — Wie sagte der alte Fritz? Niedriger hängen!

Widerstand des Finanzausschusses gegen Poincares Diktatur.

Paris, 28. Juni. **Im Finanzausschuß der Kammer erschien gestern Poincare, um zu erklären, warum die Regierung Wert darauf lege, daß diesmal ausnahmsweise der Haushaltsplan für 1923 auch für das Budget des Jahres 1924 als Grundlage dienen solle. Der Ministerpräsident erklärte, daß er vor der Kammer die Vertrauensfrage stellen werde. Der Abgeordnete Klotz wird in der heute stattfindenden Sitzung des Finanzausschusses eine Tagesordnung einbringen, der Finanzausschuß möge beschließen, nicht die Initiative zu ergreifen, um in das Finanzgesetz den vom Finanzminister gewünschten Zusatz einzufügen. Der Finanzausschuß wird heute abend Beschluß über diesen Antrag fassen.** — Es scheint, daß Poincares selbstherrliche und diktatorische Forderung, daß die Kammer mit dem Haushalt für 1923 auch zugleich den Haushaltsplan für das darauffolgende Jahr, also ein Budget für zwei Jahre zusammen beschließen möge, im Parlament auf lebhaften Einspruch stößt. Es war bereits gestern offiziös mitgeteilt worden, daß Poincare diesen Antrag, der mit den im nächsten Jahr bevorstehenden Wahlen begründet wird, zum Anlaß nehmen wolle, in der Kammer die Vertrauensfrage zu stellen. Umso bemerkenswerter ist die Form einer Erklärung der Republikanischen Liga, die einen großen Teil der Abgeordneten der Linken umfaßt. Es heißt in der Erklärung, daß einer der wesentlichsten Grundsätze der Revolution von 1789 das Recht der Entscheidung über das Budget durch das Parlament war, und daß seit jener Zeit alle Regierungen, selbst die monarchistischsten, den jährlichen Staatshaushalt dem Parlament unterbreitet haben. Es liege kein Grund vor für die Kammer, auf die jährliche Budgetbestimmung zu verzichten und aus diesem Grunde sei die Liga der Republik gegen den Antrag. Klotz gehört nicht zu dieser Liga, sondern zum Nationalblock. Sein Antrag beweist, daß auch die Rechte mit Poincares Finanzdiktatur nicht einverstanden ist.

Unbehagen in Frankreich über die englischen Luftflottenpläne.

Paris, 28. Juni. Die Frage der Vergrößerung der englischen Luftflotte veranlaßt die französische Presse, soweit sie darüber Betrachtungen anstellt, auf Deutschland hinzuweisen. Der „Matin" ist es heute besonders, der die Aufmerksamkeit Englands auf die praktisch nicht mehr durchgeführte Militär-

Die Postbezieher

des **„Enztäler"** werden gebeten, die Bestellung für den Monat **Juli 1923** an der Hand des untenstehenden Bezugsscheines rechtzeitig **zu erneuern.**

Unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen.

An die

Postanstalt

Ich bestelle hiermit den

„Enztäler"

für den

Monat Juli

und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name

Wohnort

Straße und Hausnummer

Jeden Tag neue Tote.
Die Saat geht auf!
Gebt weiter zum Deutschen Volksopfer.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

kontrolle in Deutschland hinlenkt. Von Frankreich habe England nichts zu befürchten. Der englische Ministerpräsident habe erklärt, er wolle zu einem Abkommen über die Abrüstung gelangen. Es sei seltsam, all dies damit einzuleiten, daß man einen ungeheuren Betrag für die Vergrößerung der Luftflotte in das Budget einsetzt. Die französische Regierung werde sehen, was sich tun lasse. Der erste Artikel eines solchen Abkommens zwischen Frankreich und England müsse bestimmen, daß beide sich vereinigen, um von Deutschland jeden Respekt der Verträge zu verlangen. Werde man das nicht tun, dann werde unter diesen Umständen das Luftwettrüsten wieder beginnen. Wenn man von Frankreich verlange, sich seiner Armee zu bedienen, um sich bei Deutschland Respekt zu verschaffen, dann werde man es auf den Rang einer zweitklassigen Halbvasallenmacht herabdrücken. Wie der Pariser „New-York Herald" mitteilt, wird die französische Regierung in Erwiderung des neuen englischen Luftflottenplanes ein französisch-englisches Abkommen über die gegenseitige Beschränkung der Aufrüstungen vorschlagen. Die Nachricht bedarf der Bestätigung.

Kein Wiederaufbau ohne deutsche Lieferungen und Arbeit.

Paris, 28. Juni. Auf dem gestern in Paris abgehaltenen Kongreß der Bewohner der verwüsteten Gebiete sprach der Leiter der französischen Gewerkschaften, Jouhaux. Er hob hervor, daß die Gewerkschaften der Reparationsfrage große Bedeutung beimessen, weil sie wüßten, daß der Völkerfriede solange ein gebrechliches Glied bleiben würde, als die Ruinen des Kriegs noch sichtbar seien. Die Verwirklichung des im Jahre 1922 zwischen dem französischen Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete und den deutschen Arbeiterorganisationen geschlossenen Abkommens sei allein imstande, den Geschädigten Genugtuung zu verschaffen. An dieser Stelle wurde Jouhaux von mehreren Delegierten, die sich gegen die Beschäftigung deutscher Arbeiter in den zerstörten Gebieten äußerten, unterbrochen. Der Redner antwortete ihnen, er wäre begierig, die Gründe kennen zu lernen, um derentwillen deutsche Arbeiter in Friedenszeiten in Frankreich keine Verwendung finden könnten, nachdem man während des Krieges deutsche Gefangene mit den härtesten Arbeiten auf den Schlachtfeldern beschäftigt habe. In der von dem Kongreß angenommenen Entschließung, die sich im wesentlichen gegen gewisse, den Gang des Wiederaufbaus nach Auffassung der Geschädigten verzögernde Bestimmungen der französischen Regierung richtet, wird erwähnt, daß die von dem Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete verlangte Mitarbeit der Deutschen durch das Wiesbadener Protokoll von 1921 und die Berliner Abmachungen zwischen dem Aktionskomitee und dem deutschen Bauarbeiterverband 1922 vorgesehen sind. Die Resolution erklärt noch einmal die Lieferung von deutschen Materialien in großem Umfang und die Gestellung deutscher Arbeiter als mehr und mehr unerläßlich für die Fortsetzung des Wiederaufbauwerks. Dementsprechend erteilt der Kongreß in der Resolution dem Aktionskomitee den Auftrag, bei Aufnahme der Verhandlungen über die Liquidation der Ruhrbesetzung die Regierung darauf festzulegen, daß sie von Deutschland in großem Umfang Sachlieferungen verlangt. — Diese Erklärung der „Sinistres" ist die schwerste Anklage gegen Poincares Ruhrpolitik, welche die Mitarbeit Deutschlands am Wiederaufbau Nordfrankreichs in roher Weise zerstört hat.

Verurteilung royalistischer Hetzer in Paris.

Gegen die Urheber der royalistischen Ueberfälle auf mehrere Abgeordnete der Linken, die am 31. Mai stattfanden, wurde gestern vor dem Pariser Zuchtpolizeigericht verhandelt. Es hatte drei der Attentäter feststellen können und mit ihnen zugleich den „geistigen" Anreger dieser Politik, den bekannten royalistischen Nationalisten Maurras unter Anklage gestellt. Der letztere, der sich selber die Hauptverantwortung an den Vorkommnissen beimaß, erhielt die schwerste Strafe und wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Vier französische Unteroffiziere durch drei Deutsche und eine Frau „überfallen"!

Havas berichtet aus Düsseldorf: Zwei Sergeanten und zwei Unteroffiziere des 150. Infanterieregiments sind am 26. Juni im Kiusenberg von drei deutschen Männern und einer Frau, denen sie kurz vorher begegnet sind, durch Revolverschüsse angegriffen worden. Ein Sergeant und zwei Unteroffiziere wurden leicht verwundet. Die Untersuchung ist eingeleitet. (Die Meldung scheint recht unglaubwürdig. Schriftl.)

Persönliche Rachsucht als Motiv des Mordanschlags auf Pasitsch.

Nach zuverlässigen Mitteilungen aus Belgrad ist der Attentäter Rabitsch ein erblich belasteter exaltierter Mensch. Das Motiv des Attentats scheint tatsächlich Rache gewesen zu sein. Der Täter hat vor einigen Tagen versucht, eine Anstellung bei der südslavischen Reparationskommission in Passau zu erlangen, wo er bereits im Vorjahr tätig war. Als er abgewiesen wurde, entschloß er sich zum Attentat.

Kündigung des Chester-Abkommens.

Eine Reutermeldung aus Konstantinopel lautet: Da der Vertreter der Chester-Compagnie, Kennedy, die Bestimmungen des Abkommens über die Lieferung landwirtschaftlicher Instrumente nicht in dem vorgesehenen Zeitraum von drei Monaten erfüllt hat, hat ihm die türkische Regierung die Kündigung des Abkommens mitgeteilt.

Gegen den Viehhändler **Karl Faaß** in **Conweiler** ist durch rechtskräftigen Strafbescheid des Finanzamts vom 30. April 1923 wegen Umsatzsteuerhinterziehung im Sinne des § 359 der Reichsabgabenordnung vergl. mit § 43 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in der Fassung des Abänd.-Ges. vom 8. April 1922 auf eine

Geldstrafe von 50000 Mark

erkannt worden.

Die Bestrafung wird gemäß § 363 A. O. bekannt gemacht.

Neuenbürg, den 28. Juni 1923.

Das Finanzamt.

Gegen den Viehhändler **Ernst Ochner alt** in **Neuenbürg** ist durch rechtskräftigen Strafbescheid des Finanzamts vom 30. April 1923 wegen Umsatzsteuerhinterziehung im Sinne des § 359 der Reichsabgabenordnung vergl. mit § 43 des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 in der Fassung des Abänd.-Ges. vom 8. April 1922 auf eine

Geldstrafe von 100000 Mark

erkannt worden.

Die Bestrafung wird gemäß § 363 A. O. bekannt gemacht.

Neuenbürg, den 28. Juni 1923.

Das Finanzamt.

Der **gesetzliche Werbungskostenpauschsatz** bei der Einkommensteuer wird für

Kriegsbeschädigte

auf neuen Antrag weiter erhöht. Nähere Auskunft erteilt die

Bezirksfürsorgestelle Neuenbürg.

Metzger-Innung.

Neuer Fleischpreis ab Freitag, 29. Juni 1923:

Ochsen- u. Rindfleisch	p. Pfd.	Mk. 14600
Kalbfleisch	„ „	Mk. 13000
Schweinefleisch	„ „	Mk. 15600

Radfahrerverein „Frisch auf"

Ottenhausen.

Tanz-Belustigung

Sonntag, den 1. Juli, im **Gasth. z. „Rößle"** in **Ottenhausen.**

Anfang punkt ½3 Uhr.

Gönner und Freunde sind herzlich willkommen.

Fahrnis-Versteigerung.

Die Erben der verstorbenen Frau **Rosine Roth, Gräfenhausen** bringen am **Samstag nachmittag 5 Uhr** gegen Barzahlung zur Versteigerung:

1 Kuh, 1 Läuferschwein, 1 Kuhwagen, 1 starken Einspännerwagen und sonstige landwirtschaftliche Geräte.

W.-V.

Heute abend Holzapfel.

Neuenbürg.

Jüngerer Herr (Bankkassier) sucht sofort schön möbliertes

Zimmer.

Gefl. Angebote an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Dobel.

Ein williges, reinliches

Mädchen,

das sich als **Berufsköchin** ausbilden will, wird im **Hotel „Sonne"** sofort angenommen.

R. Knoblauch.

Bin Großabnehmer in

Wiesen- und Klee-Heu

sämtliche Futtermittel

in Waggonladungen.

Hugo Stüble, Großhandlung,

Cannstatt, am Bahnhof, Telefon 1332.

Deutschnationale Volkspartei (Württ. Bürgerpartei).

Oeffentliche Versammlung

am Sonntag, den 1. Juli, abends 8 Uhr,

im **Gasth. z. „Sonne"** hier.

Dr. Haller aus Ludwigsburg

spricht über das Thema:

„Soll der passive Widerstand eingestellt werden."

Jedermann ist eingeladen.

Wildbad.

Ein gebrauchter

Herd,

Größe 75×110, zu verkaufen.

Gottfried Rothfuß,

Glasermeister, Telefon 168.

Neuenbürg.

Kunst-Anzeige!

Die bekannte Seiltänzerfamilie **Thys** ist hier nach 4 Jahren wieder eingetroffen und bietet auf dem **Turnplatz** ihre besten

Vorführungen

dar. **I. Vorstellung heute Freitag abend ½9 Uhr.**
II. Vorstellung Samstag abend ½9 Uhr mit neuem Programm.

Sonntag 2 Vorstellungen von nachmittags ½4 Uhr und abends 8 Uhr ab.

Eintritt: Erwachsene Personen Stehplatz Mk. 1500.—, Sitzplatz Mk. 2000.—.

Schulkinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.

Um recht zahlreichen Besuch bittet höflichst

die Direktion.

London und Paris

Rom, Kopenhagen und Madrid sind die Sitze neugewonnener Sonderberichterstatter, die wie ein Vertreter für Rußland dem Schwäbischen Merkur Berichte aus dem Ausland liefern. Wir

kämpfen um

Freiwerden von einseitig gefärbten Berichten, um in sachlicher Darstellung den Lesern des Schwäbischen Merkur, der bei der Post oder in Stuttgart, Königstraße 20, bestellt wird, Aufklärung zu geben über die Stellung des Auslandes zum Ringen um

das Ruhrgebiet

Bekanntmachung.

Für den Monat Juni wurden folgende

Strompreise

festgesetzt:

für Licht	Mk. 2500.—	für 1 KWSt.
für Kraft	„ 2000.—	

Station Teinach, den 28. Juni 1923.

Gemeindeverband-Elektrizitätswerk Teinach-Station (G.E.T.)

Dennach, den 28. Juni 1923.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir anläßlich des Verlustes unserer lieben Tochter, Schwester und Schwägerin

Berta Ruff

erfahren durften, sagen wir unseren innigsten Dank. Insbesondere danken wir für die vielen Blumen- und Kranzspenden, sowie allen denjenigen, welche sie während ihrer Krankheit erquickten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie **Wilhelm Ruff.**

Visitenkarten

liefert rasch und billig

die **C. Meeh'sche Buchdruckerei**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw